

damit die Gesundheitsversorgung den spezifischen Bedürfnissen von Frauen gerecht wird.

Wir werden **Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren** und außerhalb des Strafrechts regeln – außer wenn sie gegen oder ohne den Willen der Schwangeren erfolgen. Wir wollen Schwangerschaftsabbrüche zu einem Teil der medizinischen Grundversorgung machen.

Die **Zeit für Parität** ist jetzt – es müssen mehr Frauen in die Parlamente. Dafür werden wir ein Paritätsgesetz auf den Weg bringen, das bei Wahlen die paritätische Vertretung von Frauen und Männern im Deutschen Bundestag bei Listen- und Direktmandaten sicherstellt. 50/50 ist unser Standard in allen Parlamenten und an allen Kabinetttischen.

Unser Ziel bleibt die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen. Dazu werden wir das **Führungspositionen-Gesetz weiterentwickeln** mit dem Ziel, bis 2030 Parität in Aufsichtsräten und Vorständen zu erreichen. Als nächsten Schritt streben wir ein **Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft** an.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine **EU-Charta der Frauenrechte** verabschiedet und somit ein effektiver Schutz von Frauenrechten in der ganzen EU gewährt wird.

Wir wollen gegen Lügen, Hass und Hetze vorgehen.

Wir **schließen die Schutzlücken bei menschenverachtender Hetze**. Rechtsextreme Äußerungen von Amtsträgerinnen und Amtsträgern sowie in Schulen werden wir besonders in den Blick nehmen und den Volksverhetzungsparagrafen entsprechend überarbeiten.

Wir verbessern den **Datenschutz bei Hassdelikten**. Im Strafverfahren soll die Wohn- oder Aufenthaltsanschrift künftig nicht mehr durch Akteneinsicht offengelegt werden müssen, um Betroffene besser zu schützen.

Hasskriminalität im Internet und gezielte Desinformationskampagnen gefährden unsere Demokratie. Wir werden konsequent dagegen vorgehen und die **Zentralstelle für strafbare Inhalte im Internet beim Bundeskriminalamt weiter ausbauen**, um die Verfolgung von Online-Hasskriminalität effektiver zu gestalten. Wir stärken die neue Ansprechstelle für Kommunalpolitik im Deutschen Forum Kriminalprävention.

Wir wollen queere Lebensentwürfe noch besser vor Diskriminierung schützen.

Wir wollen den Schutz vor **Diskriminierung im Grundgesetz (GG) explizit auf sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität erweitern**. Artikel 3 Abs. 3 GG werden wir daher entsprechend erweitern.

Wir wollen dafür sorgen, dass alle **Diskriminierungen queerer Familien („Regenbogenfamilien“)** im **Familien- und Abstammungsrecht aufgehoben** werden: Queere Familien sollen im Familien- und Abstammungsrecht vollständig gleichgestellt werden.

Den **Aktionsplan „queer Leben“** der Bundesregierung werden wir unter Beteiligung der Zivilgesellschaft weiterentwickeln: Der Aktionsplan wird in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft fortgeschrieben, um die Lebensrealität queerer Menschen besser zu berücksichtigen. Die SPD steht hinter dem Selbstbestimmungsgesetz und den bisherigen queerpolitischen Errungenschaften. Ein Zurück wird es mit uns nicht geben.

18. Wir kämpfen für Medienvielfalt, für Vielfalt in Kunst und Kultur und für einen starken Sport.

Kreativität gilt im Zeitalter der stetigen Veränderungen als die Kompetenz schlechthin. Dazu kommt, dass wir auch in der Ära der Künstlichen Intelligenz immer noch das Land der Dichter und Denker, der Dichterinnen und Denkerinnen bleiben wollen. Kunst inspiriert, irritiert und eröffnet neue Perspektiven.

Ohne freie und kraftvolle Kunst verkümmert, was jedem Fortschritt zugrunde liegt: die Fähigkeit, unser gegenwärtiges Leben zu reflektieren und uns ein besseres vorzustellen. Für uns ist die uneingeschränkte Freiheit der Künste deshalb nicht nur kultureller Wert, sondern politischer Auftrag.

Sport begeistert Millionen, ob im Ehrenamt, als Amateur oder Profi. Er fördert Integration und leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit – von der Kindheit bis ins hohe Alter. Deshalb unterstützen wir den Sport umfassend. Auch weil wir wissen: Nirgendwo sonst lassen sich Werte-Themen wie Respekt, Vielfalt, Inklusion und Zusammenhalt schöner erzählen und belegen als mit Sport.

Freie und unabhängige Medien sind unverzichtbar für den öffentlichen Diskurs. Wir wollen, dass man sich auf Fakten in den Nachrichten verlassen kann. Deshalb stärken wir die Medienvielfalt als Fundament der Demokratie.

Wir wollen die Medienvielfalt als wichtige Grundlage der Demokratie fördern.

Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** bleibt eine zentrale Säule des dualen Mediensystems und muss durch eine auftragsgerechte, rechtssichere Finanzierung gestärkt werden. Er soll alle Generationen mit hochwertigen, unabhängigen Angeboten erreichen. **Private Medienunternehmen** sind eine wichtige zweite Säule und sollen durch gute regulatorische und ordnungspolitische Rahmenbedingungen unterstützt werden, um auch im digitalen Zeitalter ihre wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftliche Relevanz zu sichern. Wir wollen **lokale und regionale Medien fördern** und innovative Medienformate unterstützen, um die Teilhabe und Vielfalt im Mediensystem zu sichern.

Der **Kampf gegen Desinformation** ist angesichts des schon heute immensen Ausmaßes eine herausragende gesellschaftliche Aufgabe. **Medienkompetenz** ist eine Grundkompetenz im digitalen Zeitalter. Wir setzen uns dafür ein, Programme zur Förderung der Medien- und Nachrichtenkompetenz für alle Altersgruppen auszubauen, um Manipulation und Desinformation entgegenzuwirken.

Plattformen sollen verpflichtet werden, ihre **Algorithmen und Entscheidungsprozesse zur Inhaltsdarstellung offenzulegen** und auf diskriminierende oder manipulative Praktiken zu prüfen. Transparenz und Verantwortlichkeit der Plattformanbieter sind zentral, um die demokratische Meinungsbildung zu schützen. Im Kampf gegen Desinformation muss staatliche Aufsicht sich zurückhalten, um kein Gefühl von staatlicher Zensur aufkommen zu lassen. Aber der Staat kann wirksame Moderation von Plattformen einfordern, unabhängige Medien fördern, die unter anderem auch Faktenchecks durchführen, die Zusammenarbeit und den Ausbau mit Berufsverbänden und Gremien der Selbstregulierung, beispielsweise dem Presserat, stärken.

Wir wollen außerdem eine **strikte Durchsetzung der Bot-Kennzeichnungspflicht** aus der KI-Verordnung, sowie verpflichtende Tools zum Faktencheck auf großen Plattformen. Es gilt die europäischen Regelungen (DMA, DSA, KI-Verordnung) durchzusetzen und die Plattformen zu zwingen, gegen illegale Inhalte vorzugehen und wirksame Vorkehrungen gegen systemische Risiken wie Desinformation und Fake News zu treffen.

Wir fördern kulturelle Teilhabe, geben Künstlerinnen und Künstlern soziale Sicherheit und stärken die Kreativwirtschaft.

„**Kultur für alle**“ ist unser **Kernversprechen**, für das wir unermüdlich weiterarbeiten werden. Wir wollen, dass die Trägerinnen und Träger kultureller Infrastruktur finanziell und organisatorisch stärker unterstützt werden, dass bezahlbare kulturelle Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich gemacht werden und dass kulturelle Bildung und inklusive Strategien gefördert werden. **Kultur soll als Staatsziel in der Verfassung** verankert werden. Damit geben wir der Bedeutung von Kunst und Kultur in unserer Gesellschaft einen festen Platz.

Wir bekennen uns dazu, dass der Staat auf allen seinen Ebenen die Verantwortung trägt, die Kultur zu

fördern und die Freiräume für künstlerisches Schaffen zu sichern. Wir gewährleisten die **zukunftsgerichtete Organisation und Finanzierung der Kultur**. Das gilt insbesondere für die Stiftung Preussischer Kulturbesitz, die Kulturstiftung des Bundes, die Förderfonds und kulturelle Angebote von nationaler Reichweite. Wir werden den Denkmalschutz stärken, das kulturelle und bauliche Erbe erhalten und die nachhaltige Transformation der Kultur fördern.

Zum Schutze unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung muss die Kulturpolitik des Bundes mehr sein als bloß eine Ergänzung der vielen Aufgaben, die in der Kulturhoheit der Länder geleistet werden. Wir verstehen sie als **Gesellschaftspolitik** und als Arbeit an den kulturellen und diskursiven Formationen der Bundesrepublik.

Wir lernen aus der Geschichte für die Gegenwart. Deshalb ist erinnerungskulturelle Arbeit in einer Demokratie unabdingbar. Wir werden gerade jetzt die Erinnerung an die NS-Verbrechen und die Shoah wachhalten und künftigen Generationen vermitteln. Das kulturelle und geschichtliche Erbe der Heimatvertriebenen, (Spät-)Aussiedler und der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa und den GUS-Staaten sowie die Erinnerungskultur an die Geschichte von Flucht, Vertreibung und Deportation wollen wir fördern und erhalten und als Teil der gesamtdeutschen Geschichte begreifen. Das kulturelle und geschichtliche Erbe der nationalen Minderheiten wollen wir fördern.

Auch die weitere Aufarbeitung der Verbrechen der SED-Zeit und des Kolonialismus muss weitergehen. Wir werden die Opfer der Diktaturen in Deutschland nicht vergessen.

Um alle und nicht nur eine kleine Zielgruppe anzusprechen, wollen wir Kultur- und Gedenkort mit regionalem Bezug fördern. Dafür entwickeln wir die Bundesinitiative Industriekultur, die nahbar lokale Geschichte und Kunst zukunftsfähig macht. Das Erbe und die Leistung der Arbeiterklasse müssen auch an die kommenden Generationen vermittelt werden.

Im Jahr 2025 feiern wir 35 Jahre Deutsche Einheit. Wir wollen positive Ereignisse in der deutschen Demokratiegeschichte noch stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit rücken und damit einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten.

Wir stehen für ein breites Kulturverständnis, das **Hoch-, Pop-, Sozio- und Subkultur** gleichermaßen anerkennt. Wir werden uns um kulturelle und kreative Tätigkeiten in ihrer ganzen Vielfalt kümmern.

Wir sorgen für die **Absicherung und faire Bezahlung von Künstlerinnen und Künstlern**. Die Künstlersozialkasse werden wir ausbauen und die soziale Absicherung grundsätzlich besser auf die besonderen Arbeits- und Lebensbedingungen in der Kunstbranche abstimmen.

Wir **gewährleisten auch künftig Urheber- und Leistungsschutzrechte**. Dafür schützen wir kreative Produkte und sorgen für eine angemessene Vergütung. Wir werden insbesondere im digitalen Musikmarkt mithelfen, faire und transparente Vergütungsmodelle zu entwickeln. Zudem sorgen wir dafür, dass KI-generierte Inhalte klar erkennbar sind.

Wir sorgen bei der **Regulierung von digitalen Plattformen und Künstlicher Intelligenz** für Augenhöhe zwischen Kreation und Technologie und für faire Vergütungsregeln. Für mehr Unabhängigkeit von chinesischen und amerikanischen Plattformen prüfen wir, inwieweit Alternativen für europäische Kulturproduzenten entstehen und gefördert werden können.

Wir stärken die Kultur- und Kreativwirtschaft. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Innovations- und Beschäftigungsfaktor. Wir wollen ihre Förderung durch klare Rahmenbedingungen und Steueranreize stärken. Ein zentraler Koordinator in der Bundesregierung soll ihr Potenzial besser nutzen und technologische Entwicklungen wie Künstliche Intelligenz gezielt unterstützen

Den deutschen Film wollen wir stärken. Die SPD steht für Arbeitsplätze und den heimischen Filmstandort ein. Wir setzen uns daher für eine umfassende Reform der Filmförderung, bestehend aus einem